

Raketenabwehr – Sprengstoff für die atlantische Allianz?

Kaum ein Thema hat in den vergangenen zwei Jahren für derart viel Streit innerhalb der atlantischen Allianz gesorgt wie die amerikanischen Pläne im Bereich der nationalen Raketenabwehr. Die von der Clinton-Regierung vorgelegten Plänen wurden in Europa zumeist als vorschnell, politisch unklug und sogar als gefährlich bezeichnet, da sie Rüstungswettläufe auslösen könnten.¹ Die meisten Alliierten gingen in ihrer Ablehnung außerordentlich deutlich vor, weil die Clinton-Regierung die Politik der Raketenabwehr nur sehr gedämpft und widerstrebend betrieb und den Eindruck vermittelte, sie sei eigentlich selber nicht sehr glücklich über den Gang der Dinge. Mit dem Amtsantritt der Regierung Bush hat sich die Situation grundlegend geändert, denn der neue Präsident hat nicht nur klar gemacht, dass er Raketenabwehr betreiben will, er hat zu erkennen gegeben, dass er konsequenter als sein Amtsvorgänger vergehen wolle und dass er zudem die Alliierten sowie andere interessierte Staaten stärker konsultieren und beteiligen wolle.

Damit besteht eine neue Ausgangslage. Im Folgenden soll diese Lage beschrieben und auf ihre möglichen Konsequenzen hin untersucht werden. Im ersten Abschnitt wird über die Entwicklung der amerikanischen Politik nachgedacht, wobei nach den Hintergründen und Motiven der stärkeren Berücksichtigung von Raketenabwehr ebenso gefragt wird wie nach den Unterschieden zwischen den Regierungen Clinton und Bush. Im zweiten Abschnitt werden die bisherigen Reaktionen der Europäer auf die amerikanische Politik behandelt, wobei besonderes Augenmerk auf die sich abzeichnenden Änderungen in der Haltung der wichtigsten Regierungen gelegt wird. Im dritten Abschnitt werden die Chancen ebenso wie die politischen Risiken der politischen Debatte innerhalb der Allianz dargelegt. Es ist die These dieses Artikels, dass Raketenabwehr – sofern dieses Thema mit der notwendigen Umsicht und Sorgfalt behandelt wird – keinesfalls ein „Sprengsatz“ für die Allianz sein muss, sondern vielmehr das Potential enthält, der Allianz ein Mehr an politischer Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit zu ermöglichen und außerdem große Fortschritte im Bereich Abrüstung und Nichtverbreitungspolitik möglich werden lässt. Es kommt entscheidend darauf an, ob die Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks in den nächsten Jahren diese Chance nutzen oder ob sie sie vergeben. Die Gefahr, dass Letzteres eintritt, ist nicht zu unterschätzen.

Die Entwicklung der amerikanischen Haltung

Die Debatte um Raketenabwehr gibt es in den USA so lange wie es eine Bedrohung durch Raketen gibt, die mit Kernwaffen bestückt sind. Schon in den fünfziger Jahren wurde über Raketenabwehr als Antwort auf die sich abzeichnende Bedrohung durch sowjetische Raketen nachgedacht, und in den sechziger Jahren standen erste funktionierende Raketenabwehrsysteme vor der Einführung. Es kam jedoch nicht zur flächendeckenden Einführung dieser Systeme, weil drei wesentliche Gründe dagegensprachen:²

-
- 1 Eine Sammlung kritischer Zitate findet sich auf der Webseite des von British American Council (BASIC) <http://www.basicint.org/nuk_00global.quotes.htm>. Zu einer Analyse der westlichen Kritik vgl. Joachim Krause: Streit um Raketenabwehr. Ursachen der neuen transatlantischen Krise. In: Internationale Politik, 55, 3/2000, S. 37–42
 - 2 Vgl. Abram Chayes, Jerome Wiesner (Hg.): ABM. An Evolution of the Decision to Deploy an Antiballistic Missile System. Introduction by Senator Edward M. Kennedy. New York, Evanston, London 1969

1. Es gab technische Unzulänglichkeiten, die vor allem Physiker und Techniker dazu bewogen, von dem Einsatz dieser Systeme abzuraten. So wurde argumentiert, dass ein Abwehrsystem durch Attrappen schnell saturiert werden könnte. Wegen der geringen Zielgenauigkeit der Abfangraketen mussten diese mit nuklearen Sprengköpfen ausgestattet werden, was zu großen Begleitschäden geführt hätte.
2. Es bestand berechtigter Grund zu der Annahme, dass es zu einem amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlauf zwischen defensiven und offensiven strategischen Systemen kommen könnte. Die seinerzeit in der Entwicklung befindliche Mehrfachsprengkopftechnologie sowie die sich abzeichnenden sonstigen Möglichkeiten der quantitativen und qualitativen Leistungssteigerung bei den strategischen Angriffssystemen eröffneten die Perspektive, dass unter den Bedingungen einer globalen militärischen Rivalität zwischen Ost und West mittelfristig jede Raketenabwehr durch Fortschritte bei Angriffssystemen wettgemacht werden wird.
3. Der Verzicht auf Raketenabwehr und die damit verbundene Akzeptanz von nuklearer Verwundbarkeit wurden – sofern sie beiderseitig erfolgten – als ein Gewinn an Stabilität gewertet. Angesichts der prekären militärischen Lage in Mitteleuropa und anderen Teilen Europas und des Nahen Ostens galt gegenseitige Verwundbarkeit – im Sinne gegenseitig gesicherter Fähigkeit zur nachhaltigen nuklearen Zerstörung – als ein Element von Krisenstabilität und beiderseitiger Zurückhaltung.

Diese Überlegungen führten zu einem parteienübergreifenden Konsens in den USA und zur Aufgabe der Raketenabwehrpläne. Unter der republikanischen Nixon-Regierung wurde 1972 im Rahmen der Strategic Arms Limitation Talks (SALT) ein Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnet, der ein Verbot flächendeckender Raketenabwehrsysteme beinhaltete und beiden Seiten lediglich begrenzte strategische Abwehrfähigkeiten zugestand.³ Zwar konnte der Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrag nicht die Fortsetzung des nuklearstrategischen Rüstungswettlaufs verhindern, er galt aber vor allem wegen der damit verbundenen Krisenstabilität als Fortschritt. Allerdings verfehlte die damit verbundene Logik der gegenseitig gesicherten nuklearen Abschreckung – die eine Logik des gegenseitig gesicherten Völkermordes war⁴ – in der Öffentlichkeit und auch unter liberalen Intellektuellen die entsprechende Akzeptanz. Diese Defizite wurden Anfang der achtziger Jahre deutlich, als vor allem in Europa, aber auch in den USA der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 zu einer fundamentalen Kritik an der Logik der nuklearen Abschreckung wurde.

Obwohl die Kritik an der Logik der nuklearen Abschreckung hauptsächlich aus dem politisch linken und dem liberalen Lager kam, war es der konservative US-Präsident Ronald Reagan, der mit seiner Vision einer strategischen Verteidigungsinitiative einen Ausweg weisen wollte. Im Frühjahr 1983 überraschte er die Welt mit der Ankündigung, in Zukunft auf gegenseitige Abschreckung verzichten zu wollen. Diese sei moralisch nicht dauerhaft zu vertreten und habe nicht zu der erhofften politischen Annäherung zwischen Ost und West beigetragen, sondern vielmehr das Misstrauen zwischen beiden gestärkt. Im Rahmen der von

3 Vgl. zu den Hintergründen John Newhouse, *Cold Dawn: The Story of SALT*. New York 1973. Mason Willrich, John B. Rhineland (Hg.): *SALT. The Moscow Agreements and Beyond*. New York, London 1974. Robin Ranger: *Arms and Politics 1958–1978. Arms Control in a Changing Political Context*. Toronto 1979

4 Als Voraussetzung für das Funktionieren der gegenseitig gesicherten Abschreckung wurde gemeinhin angenommen, dass jede Seite in der Lage sein müsste, nach einem ersten Angriff der jeweils anderen Seite dieser einen nicht akzeptablen Schaden zuzufügen. Dieser wurde zumeist in einer Größenordnung von 30 % der Bevölkerung und 50–70 % der industriellen Basis angesetzt. Vgl. Lawrence Freedmann: *The Evolution of Nuclear Strategy*. London, New York 1983, S. 246

ihm gestarteten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) sollten die besten Köpfe des Landes alle nur denkbaren Technologien zur Abwehr von Raketen erforschen und auf deren Nutzbarkeit hin überprüfen. Ziel der Initiative war es, die Verwundbarkeit der USA gegenüber sowjetischen Raketenschlägen aufzuheben und strategische Stabilität auf der Basis von gesicherter Verteidigung an Stelle von gesicherter Zerstörung herzustellen.⁵ Reagans Initiative führte zu seiner Amtszeit und während der Amtsperiode von George Bush zu umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, die zusammen genommen bis Ende 1992 mehr als 18 Milliarden US-Dollar verschlangen, aber keinesfalls die realistische Perspektive eines strategischen Paradigmawechsels in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion eröffneten.

Das Projekt SDI gab aber auf eine Reihe von Fragen Antworten, die auch heute noch Gültigkeit besitzen. So zeigte sich, dass zwar einige Technologien die Möglichkeit der Bekämpfung von feindlichen Raketen während des Fluges unter Nutzung nicht-nuklearer Abfangmethoden eröffneten, dass aber keine der dabei untersuchten Technologien die Aussicht auf ein vertretbares Nutzen-Kosten-Verhältnis zwischen Offensive und Defensive unter Bedingungen einer umfassenden militärstrategischen Rivalität bot. Das größte Potenzial enthielt die so genannte Hit-and-Kill-Technologie, bei der eine anfliegende Rakete – beziehungsweise der anfliegende Wiedereintrittskörper - von einer Abfangrakete frontal getroffen und zerstört wird.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Selbstaflösung der Sowjetunion Ende 1991 veränderte sich die Lage grundlegend. Es gab nun keinen Grund mehr, die nuklearstrategische Konkurrenz durch SDI aufzuheben, denn die politische Rivalität war vorbei. Unter Präsident George Bush und vor allem unter Präsident Bill Clinton änderte sich daher die Zielrichtung der Debatte über Raketenabwehr. Nunmehr galt es vor dem Hintergrund des Golfkriegs mit begrenzteren Raketenbedrohungen fertig zu werden. Allerdings entwickelte sich ein innenpolitischer Streit zwischen den Republikanern und der demokratischen Regierung um die Zielrichtung und Ernsthaftigkeit der Raketenabwehrpolitik. Während Clinton in erster Linie Raketenabwehrtechnologien im Bereich taktischer und regionaler Systeme weiterverfolgen ließ, um damit auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie kurzer und mittlerer Reichweite zu reagieren und die Handlungsfähigkeit amerikanischer Streitkräfte bei regionalen Krisen zu erhalten, wollten die Republikaner, die seit November 1994 in beiden Häusern des Kongresses über die Mehrheit verfügten, eine nationale Raketenabwehr für die USA haben, sobald diese technologisch möglich wäre. Das Programm der republikanischen Partei für die Kongresswahlen am 8. November 1994 hatte sich ganz eindeutig für ein nationales Raketenabwehrsystem ausgesprochen. Das Repräsentantenhaus verabschiedete erstmals 1995 eine Gesetzesvorlage, der zufolge die Regierung gezwungen werden sollte, bis zum Jahre 2003 ein nationales Raketenverteidigungssystem für die USA zu errichten.

Präsident Clinton hat diesen Vorhaben für viele Jahre widerstanden, indem er von seinem präsidentialen Veto Gebrauch machte. Seine Regierung ging davon aus, dass der wesentlichste Grund für Anstrengungen im Bereich der Raketenabwehr in der Weiterverbreitung von Kurz- und Mittelstreckenraketen und damit verbundenen Massenvernichtungswaffen liege. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war die Tatsache, dass eine Reihe von Staaten in krisenhaften Regionen an Raketenprogrammen arbeiteten. Dies betraf insbesondere den Irak, den Iran, Pakistan, Indien, Nordkorea, Libyen und Syrien. Es waren vor allem die

5 Das Konzept der Strategischen Verteidigungsinitiative wurde am 3.1.1985 in einer Broschüre der Reagan-Regierung ausführlich erläutert. In Auszügen abgedruckt in: Joachim Krause, Christiane Magiera-Krause (Hg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. XXIII, 1985/86. Bonn 1996, S. 1–5

Erfahrungen aus dem Golfkrieg von 1991, insbesondere mit den Versuchen des Irak, den alliierten Vormarsch mit Raketenwaffen aufzuhalten, die dazu führten, dass man in Washington sehr genau die Risiken der Raketenweiterverbreitung untersuchte. Nicht nur, dass der Irak Chemiewaffen hergestellt und eingesetzt hatte, er war auch relativ weit fortgeschritten bei dem Versuch, ein eigenes Kernwaffenprogramm aufzubauen. Die UNO-Sonderkommission (UNSCOM) stieß zudem auf ein umfassendes irakisches BW-Programm. Zudem war der Irak bemüht, Raketen verschiedener Reichweiten (einschließlich solcher, die auch Europa erreichen können sollten) zu entwickeln und herzustellen. Insbesondere überraschten dabei das teilweise hohe Niveau sowie die enorme „Breite“ und „Tiefe“ der unterschiedlichen Programme. So entstand ein Bedrohungsszenario, das auch heute noch akut ist und theoretisch auch für andere Staaten gilt: Bagdad hatte systematisch eine Raketenrüstung aufgebaut, die dazu dienen sollte, eine internationale Interventionstruppe sowohl in der Region als auch in ihren Heimatländern zu bedrohen – nicht nur mit konventionellen Ladungen, sondern auch mit Kernwaffen, Chemiewaffen und biologischen Wirkstoffen. Dieses Szenario konnte sich wiederholen, sowohl was den Irak betraf, als auch andere Staaten, die in rücksichtsloser Weise ihre Macht gebrauchen könnten (so genannte Schurkenstaaten).

Für Präsident Clinton standen die Nichtverbreitungspolitik und die damit verbundenen Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der amerikanischen Streitkräfte bei ihren weltweiten Einsätzen im Vordergrund. Dabei ging es nicht nur um die Weitergabe von Raketen, sondern generell um die Frage, wie mit der Tatsache umzugehen ist, dass die politisch-diplomatischen Instrumente der Rüstungskontrolle die Ausbreitung dieser Waffen nicht gänzlich verhindern konnten und dass US-Truppen – alleine oder mit Alliierten – damit rechnen mussten, bei Interventionen mit derartigen Bedrohungen konfrontiert zu werden.

Der Zerfall der Sowjetunion gab der Diskussion um die Risiken der nuklearen Weiterverbreitung neuen Auftrieb. Nicht nur bestand die Gefahr, dass aus der Erbmasse der Sowjetunion mehrere Kernwaffenstaaten entstehen würden. Die größten Bedrohungen schienen die Abwanderung von Nuklearwaffenexperten in problematische Länder und der Verlust der Kontrolle über sensitive Technologien und Materialien zu sein.

Die enge Einbindung in die Nichtverbreitungspolitik hatte auch zur Folge, dass die Clinton-Regierung den Plänen der republikanischen Kongressmehrheit ablehnend gegenüberstand, ein nationales Raketenabwehrsystem einzuführen, sobald dieses technisch möglich wäre. Sie ging nicht nur davon aus, dass in den kommenden zwanzig Jahren keine ernsthafte zusätzliche Bedrohung des Territoriums der USA durch Raketen eintreten werde, sondern stellte auch die Erhaltung des ABM-Vertrages in den Mittelpunkt. Der ABM-Vertrag galt der Clinton-Regierung als zentrales Element eines internationalen Systems der Rüstungskontrolle, das schon wegen der globalen Pflege des Konsenses über nukleare Nichtverbreitung nicht angetastet werden sollte. Wiederholt stellte sie diesen von seinen Kritikern als überholt bezeichneten Vertrag als Eckstein der internationalen strategischen Stabilität dar.

Um die Pläne der taktischen und regionalen Raketenabwehr verwirklichen zu können, bemühte sich die Clinton-Regierung um eine Verständigung mit Russland über Modifikationen beziehungsweise gemeinsame Interpretationen des ABM-Vertrages. Im September 1997 wurde mit Russland eine Verständigung darüber hergestellt, welche Typen von Abwehrraketen getestet und aufgestellt werden dürfen, ohne dass der ABM-Vertrag von 1972 dadurch verletzt werde.⁶ Um dem Drängen des Kongresses ein wenig

6 Die entsprechenden Vereinbarungen sind abgedruckt in: Joachim Krause, Christiane Magiera-Krause (Hg.): Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Bd. XXVII, 1997/98. St. Augustin 1999, S. 128ff

entgegenzukommen, hielt sich die Clinton-Regierung zumindest die Option einer nationalen Raketenverteidigung offen. Im Februar 1996 legte sie ihre so genannte „three-plus-three“-Politik vor, derzufolge bis zum Jahr 2000 Elemente eines nationalen Verteidigungssystems entwickelt sein sollten; aufgrund einer Beurteilung der Bedrohungslage sollte dann entschieden werden, ob ab dem Jahre 2003 tatsächlich ein solches System aufgebaut werde. Dabei sollte aber die Kompatibilität mit dem ABM-Vertrag gewahrt bleiben.⁷

Die Dinge änderten sich erst, als im August 1998 die Ergebnisse der Beratungen einer überparteilichen Kommission (bestehend aus Politikern und Experten) unter dem Vorsitz des früheren (und mittlerweile wieder in diesem Amte fungierenden) Verteidigungsministers Donald Rumsfeld, bekannt wurden. Die Kommission stellte fest, dass die Ausbreitung der Raketentechnologie viel schneller und weitergehend stattfinde als ursprünglich erwartet und dass Staaten wie Nordkorea, der Iran, Pakistan, Indien oder der Irak schon binnen weniger als zehn Jahren das Territorium der USA bedrohen könnten. Da die Zeit zum Aufbau eines funktionierenden Raketenabwehrsystems mehr als zehn Jahre in Anspruch nehmen wird, rieten die Mitglieder der Kommission zum Aufbau eines zumindest begrenzten nationalen Raketenabwehrsystems. Nunmehr änderte sich auch die Haltung der Clinton-Regierung, und im Januar 1999 trat der damalige Verteidigungsminister William S. Cohen mit der Ankündigung an die Öffentlichkeit, dass die Regierung beabsichtige, die Ausgaben für nationale Raketenverteidigung für die Haushaltsjahre 2000 bis 2005 von 3,9 Milliarden US-Dollar auf 10,6 Milliarden zu erhöhen.⁸ Eine Entscheidung über die tatsächliche Einführung solle aber erst später fallen. Die Republikaner intensivierten ihre Anstrengungen, die Regierung zum Aufbau einer nationalen Raketenabwehr zu zwingen. Ein vom republikanischen Senator Tad Cochran (Mississippi) eingebrachter Entwurf mit dieser Tendenz wurde am 17. März 1999 mit überwältigender Mehrheit von 97:3 Stimmen im Senat angenommen, nachdem er zuvor durch den Hinweis ergänzt worden war, dass die Regierung gebeten werde, weitere Verhandlungen mit Moskau über nukleare Rüstungsreduzierungen zu führen. Kurz darauf verabschiedete das Repräsentantenhaus eine ähnliche Gesetzgebung, die dann am 20. Juli 1999 in Kraft trat.⁹ Damit war deutlich geworden, dass die Clinton-Regierung eingelenkt hatte.

Das Einlenken der Regierung brachte jedoch keine Entspannung im innenpolitischen Zwist mit der republikanischen Kongressmehrheit. Dort gab und gibt es keine Unterstützung für den ABM-Vertrag, den einige für überholt, andere für schädlich und Dritte sogar für rechtlich gesehen nicht mehr existent halten. Das Festhalten der Regierung an dem Vertrag wurde als Ausdruck konzeptioneller Schwäche und Einfallslosigkeit gesehen. In einer Zeit, in der es keine strategische Begründung mehr für das Festhalten an einer bewussten Strategie der Verwundbarkeit gibt, so das Hauptargument der Kritiker der Clinton-Regierung, ist es auch sinnlos, an dem ABM-Vertrag festzuhalten. Konservative Vordenker wie Fred Charles Iklé und Paul Nitze führten noch ein weiteres Argument an: Die USA, so ihre Meinung, können angesichts ihrer überlegenen konventionellen Streitkräfte und angesichts ihrer starken Luftstreitkräfte die Rolle von Kernwaffen drastisch marginalisieren, wenn nicht sogar abschaffen. Dies sei aber so lange unmöglich, wie an dem ABM-Vertrag festgehalten werde, der ja ein bestimmtes – und zwar keinesfalls niedriges – Niveau an Abschreckungsmacht

7 Vgl. Pat Towell: Missile Defense Systems. Status & Funding. In: Congressional Quarterly, 18.4.1998

8 News Release Nr. 018-99. Hg. vom U.S. Department of Defense. 20.1.1999

9 Vgl. John Isaacs: Missile Defense. Its back. In: Bulletin of the Atomic Scientists, Mai/Juni 1999

festschreibt.¹⁰ Sie sprachen sich – wie einige liberale Intellektuelle – für eine Kombination von Raketenabwehr und drastischen „Schnitten“ bei Kernwaffen aus.

Seit 1995 hat der Streit um den ABM-Vertrag in den USA geradezu Elemente eines Glaubenskrieges angenommen: auf der einen Seite die Verteidiger des ABM-Vertrages in der Clinton-Regierung, die hierin von den Europäern und Russland wortkräftig unterstützt wurden, auf der anderen Seite die Kongressmehrheit und sie unterstützende Denkfabriken, die eigentlich die stärkeren Argumente hatten, denn die ursprünglichen strategischen Begründungen für den Verzicht auf ABM-Systeme waren wirklich nicht mehr gegeben: Es gab keinen Rüstungswettlauf mehr mit der Sowjetunion und auch nicht mit Russland, und angesichts der weit gehenden Truppenabzüge aus Mitteleuropa gab es auch keine Notwendigkeit mehr, strategische Verwundbarkeit als ein Element von Krisenstabilität zu bewahren. Das Gegenteil war eher der Fall: Wollte man, dass die USA in Krisenregionen wie dem Mittleren Osten eine stabilisierende Funktion einnehmen, dann musste man eigentlich akzeptieren, dass diese nicht gegen irgendwelche Raketenangriffe verwundbar wären. Die Clinton-Regierung hing aber mit geradezu gläubiger Ergebenheit an dem Dogma der zentralen Rolle des ABM-Vertrages und war nicht in der Lage, in dieser Angelegenheit über ihren Schatten zu springen. Die republikanische Kongressmehrheit, hatte sich ihrerseits im Zusammenhang mit dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Clinton dermaßen in eine kompromisslose Konfrontation hineinmanövriert, dass es keinen Versuch gab, eine „goldene Brücke“ für die Clinton-Regierung in Sachen Raketenabwehr zu bauen. Das Resultat war eine merkwürdig widersprüchliche US-Position in Sachen Raketenabwehr: Die Regierung wollte zwar Bewegung in Sachen einer nationalen Raketenverteidigung demonstrieren und brachte die entsprechen Entwicklungs- und Testvorhaben voran, andererseits wollte sie den ABM-Vertrag nicht gefährden und blieb daher fest der Argumentation verhaftet, dass nur der Bedrohung durch Staaten wie Nordkorea zu begegnen sei und ansonsten kein anderer Beweggrund den Bau von Raketenabwehrsystemen rechtfertigen könne. Die Kongressmehrheit andererseits suchte diese Politik zu sabotieren wo immer sie konnte, was den Spielraum für eine Verhandlungsführung mit Russland auf null reduzierte und die amerikanische Politik für Außenstehende als unberechenbar, widersprüchlich und unilateral erscheinen ließ.

Am Ende der Amtszeit Präsident Clintons war nicht nur eine konsistente und konzeptionelle Politik der Raketenabwehr unmöglich geworden, auch der früher bestehende überparteiliche Konsens in Fragen der nationalen Sicherheit existierte nicht mehr. Alles drehte sich um die Frage, ob und wieweit der 1972 geschlossene Vertrag über das Verbot von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) noch Gültigkeit haben sollte. Während die Clinton-Regierung diesen Vertrag als Eckstein strategischer Stabilität ansah und entsprechende Worte in internationale Dokumente bilateraler und multilateraler Art einfließen ließ, war genau diese Haltung Anlass für die Republikaner, alle Vertragswerke der Clinton-Regierung im Bereich der Rüstungskontrolle im Senat scheitern zu lassen beziehungsweise gar nicht auf die Agenda zu setzen.¹¹

Mit dem Amtsantritt der Regierung Bush im Januar 2001 hat sich die Situation grundlegend geändert. Schon während des Wahlkampfes hatte Gouverneur George W. Bush klar gemacht,

10 Paul Nitze: Is it time to junk our nukes? In: Washington Post, 16.1.1994, S. C1–C2. Fred C. Iklè, Sergei A. Karaganov: Harmonizing the Evolution of U.S. and Russian Defense Policies. Washington, D.C., Moskau 1993, S. 23–31

11 Gescheitert ist der Umfassende Teststoppvertrag von 1996; aber ebenso wichtig dürfte die Weigerung der Republikaner gewesen sein, die im September zwischen Washington und Moskau ausgehandelten Ergänzungen zum ABM-Vertrag zu ratifizieren.

dass er nicht so zögerlich sein wolle wie Clinton und eindeutig für die Einführung eines nationalen Raketenabwehrsystems eintreten werde. Er begründete dies mit den gestiegenen Bedrohungen durch „problematische“ Staaten ebenso wie mit dem Wunsch, aus der Logik der gegenseitigen gesicherten nuklearen Zerstörung im Verhältnis zu Russland auszusteigen. Strategische Stabilität müsse auf einer anderen Basis aufbauen, wobei Verteidigungssysteme eine zunehmend größere Rolle spielen sollten, während die Bedeutung des Abschreckungselementes zurückgenommen werden müsse.¹² Schon während des Wahlkampfes, aber auch unmittelbar danach plädierten führende Regierungsvertreter der meisten westeuropäischen Staaten für eine konsistentere US-Politik, die zudem besser als unter Clinton die Alliierten konsultieren und an den Entscheidungsprozessen beteiligen soll.

Nach seinem Amtsantritt hat Präsident George W. Bush tatsächlich andere Akzente gesetzt, die sowohl den Umgang mit den Alliierten als auch die Logik und Konzeption der Raketenabwehr betreffen. Es wird nicht mehr von nationaler Raketenverteidigung gesprochen, sondern von Raketenverteidigung generell beziehungsweise von „Allied Missile Defense“ als einem Anliegen der gesamten Allianz. Im Einzelnen scheinen sich die folgenden Schwerpunkte herauszuschälen:

- Die Regierung wird ein neues Konzept für die Herstellung strategischer Stabilität im Verhältnis zu Russland entwickeln und dieses in Kooperation mit Moskau zu verfeinern suchen; der erste Schritt wird ein Top-Down Review der strategischen Doktrin und der Rolle der Offensiv- und Defensivkapazitäten sein. Dabei ist explizit an eine drastische Reduzierung der amerikanischen strategischen Angriffswaffen gedacht – entweder zusammen mit den Russen oder unilateral. Es wird ein neues Mischverhältnis zwischen Offensivwaffen und Defensivwaffen angestrebt, bei dem die Rolle von defensiven Systemen zunehmende Bedeutung bekommen soll. Der ABM-Vertrag soll entweder mit Russland gemeinsam abgeändert oder aufgehoben werden. Die Form der Einigung über strategische Stabilität ist offen.
- Die Regierung Bush will sich enger mit den Verbündeten abstimmen. Sie wird vor allem auf einen eigenen, nationalen Weg verzichten und statt dessen zusammen mit den Alliierten über globale wie regionale Konzepte der Raketenabwehr beraten, bei denen unterschiedliche technische Konzepte erwogen werden sollen. Insbesondere bedeutet dies, dass die Konzeption einer weit gehend nur von den USA aus organisierten, im Weltraum wirksamen Abwehr gegen Interkontinentalraketen durch andere, möglicherweise flexiblere Abwehrkonzepte (boost-phase defense) ersetzt oder erweitert werden kann.
- Die Regierung Bush will auch einen offeneren Dialog mit Russland und China führen, den beiden Hauptkritikern der Raketenabwehrpläne, und dabei breitere strategische Zusammenhänge berücksichtigen.

Sollte diese Politik so umgesetzt werden, würde das eine reelle Chance bedeuten, dass nicht nur in den USA der innere Konsens über Fragen der Sicherheitspolitik und der Nuklearstrategie beziehungsweise Rüstungskontrolle wiederhergestellt wird, sondern dass auch innerhalb der Atlantischen Allianz Raketenabwehr eher zu einem Element der Kooperation denn der Konfrontation wird. Ob diese Chance genutzt wird, hängt von dem Willen der führenden Politiker Europas und der USA ab, auf dem schmalen aber gangbaren Weg einer gemeinsamen Politik zu beharren und sich nicht von populistischen Versuchungen zur einen oder anderen Seite verführen zu lassen. Diese Verführungen sind groß: In Europa sehen viele die Raketenabwehrpolitik der USA als Beleg für das angebliche Streben Washingtons nach globaler Hegemonie, in den USA werden mehr und mehr Stimmen laut,

12 Vgl. George W. Bush: Vows to Reduce Nuke Arsenals. In: Washington Post, 23.5.2000

die die Zustimmung und Kooperationsbereitschaft der Europäer als Test dafür ansehen, ob die EU-Staaten überhaupt noch als sicherheitspolitischer Partner taugen. Von daher stellt sich die Frage, wie die Alliierten zu den amerikanischen Raketenplänen stehen.

Die Haltung der Alliierten

Die Reaktionen der europäischen NATO-Partner auf die amerikanische Politik der Raketenabwehr (oder das entsprechende Politikdurcheinander) während der Clinton-Regierung waren überwiegend negativ.¹³ Dafür gab es mehrere Gründe: Zum einen hatten die meisten die inneramerikanische Debatte über die Nichtverbreitung und die Rolle von militärischen Instrumenten ohnehin mit Nichtbeachtung quittiert. Dies galt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland und Italien sowie für die meisten kleineren Staaten. Die sicherheitspolitische Agenda war durch die Themen „NATO-Reform“ und „NATO-Erweiterung“ sowie „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ weitgehend absorbiert. Daher fehlte bei den meisten europäischen Politikern wie Analytikern die Grundlage, um den Anfang 1999 deutlich werdenden Umschwung in der amerikanischen Politik richtig beurteilen zu können. Zum anderen fehlte eine differenzierte Analyse der amerikanischen Politik, stattdessen wurden die widersprüchlichen Signale aus Washington entweder als Ausdruck eines hegemonialen Unilateralismus gedeutet oder aber als Indikator für mangelndes Verantwortungsbewusstsein und fehlende Professionalität. Dabei wurden durchaus unterschiedliche Schwerpunkte gelegt: Französische Beobachter neigten dazu, die Bedrohungsanalyse, die den Plänen der Clinton-Regierung zugrunde lag, mit einer gewissen die Nordkorea, einen Staat, dessen kommunistisches Regime mehr oder weniger um sein Überleben kämpft, in den Mittelpunkt stellen, mit einem gewissen Amüsement zu betrachten. Gibt es, so konnte man immer wieder hören, denn kein anderes Mittel, um die Nordkoreaner von ihren Raketenplänen abzuhalten? Die deutsche Regierung betonte hingegen eher die negativen Folgen für die Rüstungskontrolle und für die Beziehungen zu Russland. In Großbritannien sah man die Entwicklung mit weniger Aufregung als in Deutschland und mit weniger Sarkasmus als in Frankreich, aber eine Irritation über die amerikanische Politik und den Streit zwischen Kongress und Präsident war auch dort deutlich zu spüren.

Die Entwicklung der deutschen Position mag vielleicht am deutlichsten die Fehler auf europäischer Seite demonstrieren. Der Bericht der Rumsfeld-Kommission wurde ebenso ignoriert wie die amerikanische Gesetzgebung zur Raketenabwehr vom Frühjahr 1999. Es bedurfte erst einer parlamentarischen Anfrage der FDP im Deutschen Bundestag, dass sich die rot-grüne Koalition im Mai 2000 zu einer einheitlichen Position durchrang.¹⁴ Die CDU/CSU-Fraktion präsentierte einen Entwurf für eine gemeinsame Entschließung des Parlaments, mit der ebenfalls Druck auf die Regierung ausgeübt werden sollte.¹⁵ Die wesentlichen Elemente der Haltung der Bundesregierung machte Außenminister Joschka Fischer dann am 8. Juni 2000 im Deutschen Bundestag deutlich:¹⁶

13 Vgl. für einen Überblick Stephen Cambone, Christopher Manikius.: *European Views of National Missile Defense*. Washington, D.C. 2000

14 Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann u.a. der Fraktion der FDP: Haltung der Bundesregierung zu den US-Plänen einer nationalen Raketenabwehr. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/3355, 10.5.2000

15 Antrag der Abgeordneten Karl Lamers, Christian Schmidt u.a. und der Fraktion der CDU/CSU: Für eine gemeinsame europäische Position in der Frage der Raketenabwehr (National Missile Defense). Deutscher Bundestag, Drucksache 14/3378, 16.5.2000

16 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann u.a. und der Fraktion der FDP: Haltung der Bundesregierung zu den US-Plänen einer nationalen Raketenabwehr. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/3572, 8.6.2000. Vgl. auch die Redeprotokolle des Deutschen Bundestags, 14. Wahlperiode, 108. Sitzung, 8.6.2000, S. 10259(D)–10260(C)

1. Die Bundesregierung streitet der US-Regierung nicht das Recht ab, sich selbst gegen Raketen zu verteidigen, legt aber Wert darauf, dass die US-Regierung die Alliierten entsprechend frühzeitig konsultiert.
2. Das System der bestehenden Rüstungskontrollvereinbarungen darf auf keinen Fall gefährdet werden. Dies gilt insbesondere für den ABM-Vertrag von 1972, den die Bundesregierung als Eckstein strategischer Stabilität einstuft. Die Pläne der Clinton-Regierung wurden als Gefahr für den ABM-Vertrag und damit für das gesamte System der nuklearen Rüstungskontrolle und der nuklearen Nichtverbreitung angesehen.
3. Es gelte, neues Wettrüsten zu vermeiden, das als Folge der amerikanischen Raketenabwehrpolitik zwischen den USA auf der einen und Russland oder China auf der anderen Seite entstehen könnte.
4. Der Zusammenhalt der Atlantischen Allianz dürfe nicht gefährdet werden, insbesondere dürften keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen.

Der erste Punkt stellte eine subtile Kritik an dem amerikanischen Unilateralismus dar, der eigentlich so wahrgenommen wurde, weil zwischen Kongress und Präsident die Richtung der Politik unklar war und weil die Europäer – in Sonderheit die Deutschen – den breiteren Hintergrund der clintonschen Nichtverbreitungs- und Raketenabwehrpolitik nicht ausreichend verfolgt hatten. Zur Entlastung der Clinton-Regierung muss man hierbei hinzufügen, dass diese seit 1993 sich darum bemüht hatte, innerhalb der NATO die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen stärker aufzugreifen und auch regionale Aspekte zu diskutieren. Die Europäer hatten sich zwar bereit gezeigt, über Fragen der Weiterverbreitung innerhalb der NATO zu diskutieren und entsprechende Empfehlungen auch in die Streitkräfteplanungen zu übernehmen, dem Ansinnen nach einer Debatte regionaler Sicherheitsfragen außerhalb Europas hatten sie aber aus Anlass der Erarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO 1998 und Anfang 1999 eine deutliche Abfuhr erteilt.¹⁷

Der zweite Punkt, der Erhalt des rüstungskontrollpolitischen Bestandes, drückte die größte Sorge der rot-grünen Koalition aus. Die SPD-Abgeordnete Uta Zapf, Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Deutschen Bundestages argumentierte zum Beispiel, dass die amerikanischen Pläne zu einer nationalen Raketenabwehr (NMD) die strategische Balance zwischen den USA und Russland zerstören könnten und somit das gesamte internationale System der Rüstungskontrolle.¹⁸ Besonders die Beziehungen zu Russland galten als durch eine Politik der nationalen Raketenabwehr gefährdet.

Die damit verbundene Angst vor neuen Rüstungswettläufen wurde von vielen in der Koalition geteilt. Selbst Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte dieses Bedenken im Mai 2000 gegenüber dem damaligen US-Präsidenten Clinton. Die Furcht vor Rüstungswettläufen ist in Deutschland – besonders unter der politischen Linken – außerordentlich groß. Es gibt sogar viele, die der Ansicht sind, dass der Ost-West-Konflikt seinerzeit in der Hauptsache durch einen Rüstungswettlauf entstanden beziehungsweise fortgetrieben worden sei.

Was den vierten Punkt betraf, den Zusammenhang der atlantischen Allianz, so war die Hauptfurcht, dass durch eine dezidierte amerikanische Politik der nationalen Raketenabwehr eine Situation entstehen könnte, in der die USA ein höheres Maß an Sicherheit hätten als die europäischen Verbündeten.

¹⁷ Vgl. Joachim Krause: Streit um Raketenabwehr, S. 41

¹⁸ Redeprotokoll des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode, 108. Sitzung, 8.6.2000, S. 10256

Die französische Reaktion war eher durch eine kritische Würdigung der amerikanischen Bedrohungsanalyse gekennzeichnet, insbesondere durch die Verengung auf einige „Schurkenstaaten“. Zwar sah man in Paris auch die Gefahr, dass sich problematische Staaten im Nahen und Mittleren Osten Raketen beschaffen, um damit internationale Interventionen abzuschrecken, aber die Konstruktion einer Bedrohung des amerikanischen Festlandes ausgerechnet durch Nordkorea, das derzeit eher vom amerikanischen Wohlwollen abhängt, schien manchen doch etwas sehr weit hergeholt zu sein. Außerdem gab und gibt es in Frankreich – nicht zuletzt aufgrund schmerzlicher historischer Erfahrungen – eine starke Vorliebe für Abschreckung anstelle von Verteidigung. Nicht zuletzt bedarf es der Erwähnung, dass Frankreich eine unabhängige nukleare Abschreckungsmacht besitzt, die diesem Zwecke dient. Zu einem Zeitpunkt, wo in den USA über „Counterproliferation“ und Raketenverteidigung nachgedacht wurde, entspann sich in Frankreich eine Debatte über Abschreckung unter asymmetrischen Bedingungen (Abschreckung des irrationalen Akteurs durch den stärkeren, aber demokratisch organisierten Akteur).¹⁹ Daneben waren die möglicherweise negativen Konsequenzen der amerikanischen Politik für das Verhältnis zu Russland ein wichtiger Gesichtspunkt. Die französische Debatte war zudem nicht frei von generell kritischen Untertönen bezüglich der amerikanischen Politik allgemein und deren Tendenz zum Unilateralismus.

In Großbritannien blieb die Debatte zurückhaltend und weitgehend frei von den Aufregungen der deutschen und der Polemik der französischen Diskussion. Dennoch blieb sie in der Tendenz eher kritisch, da die Bedrohungsanalyse auch in London für übertrieben gehalten wurde. So wie in Paris war aber das Verständnis dafür groß, dass unter taktischen Bedingungen Raketenabwehr sinnvoll werden könnte.

Während Präsident Clinton im Amt war, bemühten sich alle europäischen Regierung so weit wie möglich Festlegungen zu vermeiden. Nach dem Amtsantritt von George W. Bush hat sich die Ausgangslage insofern verändert, als die Entschlossenheit der derzeitigen Regierung erkennbar ist, der Raketenabwehr nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im Allianzbereich einen großen Stellenwert einzuräumen und die zaudernde Politik Clintons nicht fortzusetzen. Zudem hat sie sich offen für Anregungen der Alliierten und anderer Staaten gezeigt. Sowohl Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch der britischen Premier Tony Blair haben darauf mit eindeutigen Signalen der Offenheit reagiert. Auch in Frankreich ist die harte Ablehnung einer eher kooperativen Stimmung gewichen. Das Angebot des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin, mit der NATO im Bereich der Raketenabwehr zusammenarbeiten zu wollen, hat die insgesamt positive Stimmung weiter beflügelt. Die Frage, die nunmehr zu klären wäre, ist, wie aus dieser Offenheit eine Gemeinsamkeit werden kann, die die NATO weiter voranbringt.

Chancen und Risiken einer transatlantischen Politik der Raketenabwehr

Kritiker der amerikanischen Raketenabwehrpolitik wie auch der deutschen Offenheit in dieser Frage führen an, dass es eigentlich müßig sei, sich derartigen Überlegungen hinzugeben. Die amerikanische Debatte über Raketenabwehr werde ungefähr alle 15 Jahre neu belebt, führe zu aufgeregten Diskussionen und werde dann immer wieder stillschweigend ad acta gelegt, weil die technischen Probleme unüberwindlich und die erwartbaren

19 Vgl. Vincent Lanata: Faire face. l'ère des nouveaux défis. In: Défense nationale, 49, 8/9/1993, S. 12–13. Henry de Roquefeuil: Les composantes air de la dissuasion nucléaire aujourd'hui et demain. In: Défense nationale, 49, 8/9/1993, S. 41. Henri Conze, Jean Picq: L'avenir de la dissuasion nucléaire. In: Défense nationale, 49, 2/1993, S. 23–27. Vgl. auch die Übersicht zur französischen Diskussion von David Yost: Nuclear Debates in France. In: Survival, 36, 4, Winter 1994/95, S. 113–139

strategischen Konsequenzen eher negativ seien.²⁰ Wie die vorangegangenen Überlegungen haben zeigen sollen, ist diese Annahme unzulässig. Es hat zwar in gewissen Abständen derartige Diskussionen in den USA gegeben und sie sind auch jedes Mal wieder abgeebbt, nur gibt es eben auch eine gewisse Fortentwicklung sowohl technischer als auch politischer Natur, die dazu führen kann, dass aus dem Thema Raketenabwehr doch mehr wird als nur rhetorische und politische Trockenübungen. Technisch gesehen lassen es vor allem die Entwicklungen im Bereich der Sensorik und der Informationsverarbeitungstechnologie tatsächlich als gangbar erscheinen, Raketenabwehr mittels der Hit-to-kill-Technologie zu realisieren. Entsprechende Systeme werden seit einigen Jahren bei der US-Marine und den anderen Teilstreitkräften eingeführt und werden auf taktischer Ebene immer zuverlässiger. Sie werden mit zunehmender Aussicht auf Erfolg auch für die taktische Ebene (TMD) angewandt und dürften dort in einigen Jahren einsatzreif sein. Diese Technologien können auch im globalen Maßstab anwendbar werden (das heißt auch gegen Interkontinentalraketen), allerdings fehlen hierfür noch verlässliche Testergebnisse und Untersuchungen. Politisch gesehen ist das Argument der Rumsfeldt-Kommission, wonach die Raketenbedrohung unvermeidlich sei, auch – oder gerade – für die Europäer und die Russen gültig. Hier wie dort sind die Risiken durch Raketenweiterverbreitung im Nahen und Mittleren Osten tatsächlich größer beziehungsweise sehr viel näher als für die USA. Daher empfiehlt es sich für die Europäer, auf den Zug der Raketenabwehrdiskussion aufzuspringen. In den USA wird die Raketenabwehr kommen, wie weitgehend und umfassend sie tatsächlich sein wird, ist noch offen.²¹ Die wichtigste Frage ist daher, ob und wie weit die Europäer bereit und fähig sein werden, die Zielrichtung der Politik und die Bedingungen der Kooperation mitzubestimmen.

Zielrichtung und Ausmaß der Kooperation hängen von zwei Bedingungen ab: erstens von der Fähigkeit und der Bereitschaft der Regierung Bush, ein kohärentes Konzept der Raketenabwehr als Teil eines umfassenderen sicherheits- und verteidigungspolitischen Konzeptes zu entwickeln, das sowohl innenpolitisch als auch im Bündnis einen neuen Konsens herstellen kann, und zweitens von der Fähigkeit und Bereitschaft der Europäer, bei diesem Versuch ein konstruktiver und kompetenter Partner zu sein und mit den USA (und vielleicht auch mit Russland) ein breiteres Konzept der Raketenabwehr auf regionaler Ebene (Europa, Naher und Mittlerer Osten) zu entwickeln. Beide Bedingungen hören sich sehr einfach und geradezu selbstverständlich an, allerdings sind die Stolpersteine auf dem Weg dahin vielfältig und groß:

- Zum einen gibt es in den USA wie in Europa starke Tendenzen in Richtung auf einen entweder anti-amerikanischen oder anti-europäischen Populismus. Amerikakritische Äußerungen und eine intellektuell-politische Kultur der undifferenzierten USA-Schelte als Hegemon, Unilateralist oder als „single rogue state in the world“ haben Hochkonjunktur nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland, Italien oder selbst in Großbritannien.²² Den USA wird heute von vielen Kommentatoren und Politikern alles erdenklich Schlechte zugetraut, von der stabilisierenden Rolle der USA in Europa, im Nahen Osten, im Mittleren Osten und vor allem in Ostasien spricht kaum jemand.²³ Jede

20 Vgl. Bernd Kubbig: Deutsche Optionen und Handlungsspielräume angesichts (un)bekannter amerikanischer Raketenabwehrpläne. Eine Zwei-Pfeiler-Strategie zum Zeitgewinnen und Zeitnutzen für Bundesaußenminister Joschka Fischer und das Auswärtige Amt (AA) <<http://www.hsfk.de/abm>>

21 Vgl. Ivo H. Daalder, James M. Goldgeier, James M Lindsay: Deploying NMD. Not Whether but How. In: Survival, 42, 1, Frühjahr 2000, S. 6–28

22 Vgl. Harald Müller: Amerikanischer Unilateralismus. Ein Weltordnungsproblem. Frankfurt am Main 2000 (= HSFK-Bulletin 10)

23 Zur Kritik an der USA-Schelte vgl. Michael Rühle: Transatlantische Dissonanzen. Sieben Thesen zu den Sicherheitsbeziehungen. In: Internationale Politik, 55, 4, 4/2000, S. 43–46

einseitige außenpolitische Wendung der USA, jedes ungeschickte Zitat hochrangiger Politiker wird dann entsprechend als Indiz für die hegemonialen Aspirationen der USA angesehen. Raketenabwehr ist in dieser Logik ein weiterer Schritt der USA auf dem Wege der uneingeschränkten Weltherrschaft. Umgekehrt macht sich in den USA zunehmend Unmut über die Alliierten breit, die für Amerikaner zum Teil unbegreifliche Schritte unternehmen und sich angeblich durch Unzuverlässigkeit und Trittbrettfahrermentalität auszeichnen. Wenn die Europäer fortfahren, Raketenabwehr in einer Art und Weise zu diskutieren, die von den dahinter stehenden Risiken regionaler Sicherheit absieht und nur die vornehmlichen Gefahren des amerikanischen Vorgehens betrachtet, kann dies dazu führen, dass die Bereitschaft der USA zu Kompromiss und Kooperation mit den Alliierten deutlich nachlässt.

- Zudem enthält die derzeitige transatlantische politische Agenda viel Sprengstoff, wie die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsinitiative (ESVI/ESDI), die zweite Runde der NATO-Erweiterung, den ganzen Komplex der gegenseitigen Handelsbeziehungen und die darin enthaltenen Friktionen (einschließlich der amerikanischen Politik der Exportkontrolle) sowie neuerdings die Klimapolitik. Es ist zu befürchten, dass Differenzen in diesen Bereichen auf die Debatte über Raketenabwehr überschwappen und dort eine sachorientierte Auseinandersetzung erschweren, wenn nicht gar verhindern.
- Des Weiteren ist offen, ob der mit einer verstärkten transatlantischen Kooperation verbundene Technologietransfer ohne größere Friktionen stattfinden kann. Die USA und Westeuropa haben sich in den vergangenen 15 Jahren im Bereich der Verteidigungstechnologien generell stark auseinander entwickelt – mit den USA als dem treibenden Faktor der technologischen Entwicklung, während die Europäer in mehr und mehr Feldern der Wehrtechnologie und Wehrtechnik zurückbleiben. Das gilt auch für den Bereich der Raketenabwehrtechnologie, wo heute ein enormes Technologiedifferenzial zwischen den USA und Europa besteht. Es ist in den vergangenen zehn Jahren zunehmend schwerer geworden, amerikanisch-europäische Rüstungskooperation zu verwirklichen, weil der transatlantische Technologietransfer immer einseitiger wird. In den USA stärkt dieser Umstand die Argumente jener, die behaupten, dass die Risiken (im Sinne des Verlustes der Kontrolle von Technologie) die Vorteile der Rüstungskooperation mit den Europäern bei weitem übersteigen.²⁴ Auf europäischer Seite tragen solche Argumente dazu bei, dass ohnehin bestehende amerika-kritische Einstellungen dadurch verfestigt werden.²⁵ Das Beispiel des transatlantischen Kooperationsprojektes Medium Extended Air Defence System (MEADS) hat gezeigt, dass man sich über eine angemessene Form des Technologietransfers verständigen kann – dieser Prozess ist aber extrem schwierig und politisch hoch belastet.

Dennoch sollte man die Hoffnung nicht aufgeben, dass es zu einer transatlantischen Verständigung kommt. Diese setzt die Bereitschaft zur Kooperation ebenso voraus wie den Widerstand gegen populistische Versuchungen. Wie kann eine solche transatlantische Kooperation angesichts des derzeitigen Stands der Dinge idealerweise aussehen? Wie oben bemerkt, sind dafür zwei Elemente notwendig: Ersten ein klares Konzept strategischer

24 Dies wurde aus Anlass der Debatte über das transatlantische Rüstungsprojekt MEADS deutlich. Vgl. die Zusammenfassung der amerikanischen Zweifel an der Rüstungskooperation mit den Europäern in *Defense Acquisition - Decision Nears on Medium Extended Air Defense System*. Hg. vom U.S. General Accounting Office (GAO). Washington, D.C. Juni 1998 (=Report to the Chairman, Subcommittee on Military Research and Development, Committee on National Security, House of Representatives), S. 11–12

25 Vgl. Bernd W. Kubbig unter Mitarbeit von Tobias Kahler: *Problematische Kooperation im Dreieck. Das trilaterale Raketenabwehrprojekt MEADS*. Frankfurt am Main 2000 (=Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Bulletin Nr. 18), Abschnitt 5 <<http://www.hsfk.de/abm/bulletin/kubbka.htm>>

Stabilität zwischen den USA und Russland (unter Mitwirkung der Europäer und in der Tendenz auch schon mit Blick auf China), das so viel an nuklearer Abrüstung enthält, dass es zur Basis eines neuen strategischen Konsenses innerhalb der USA sowie zwischen den USA und Europa werden kann und zweitens ein gemeinsam zu erarbeitendes Konzept der Raketenabwehr innerhalb der Nordatlantischen Allianz (wenn möglich in Kooperation mit Russland), das direkte Auswirkungen auf die Streitkräfteziele der NATO haben wird und auch zu Kooperationsprojekten überleitet.

Konzepte für eine Neubestimmung strategischer Stabilität, die von gegenseitig gesicherter Zerstörung abgehen, werden in den USA seit einer Reihe von Jahren diskutiert.²⁶ Sie hatten es schwer, sich gegen eine nukleare Orthodoxie durchzusetzen, die gleichermaßen von bürokratischen Beharrungskräften im Militär und liberalen Rüstungskontrolleuren betrieben wurde. Erstere hatten sich nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgreich gegen allzu tiefe Einschnitte bei den strategischen Kernwaffenarsenalen stark gemacht und im Rahmen des Nuclear Posture Reviews von 1993 durchsetzen können, dass sie weiterhin ein großes Spektrum an nuklearen Einsatzoptionen abdecken können, obwohl es dafür gar keine strategische Notwendigkeit mehr gab.²⁷ Die liberale Rüstungskontrollgemeinde hat mit ihrer bedingungslosen Unterstützung für den ABM-Vertrag als Eckstein strategischer Stabilität und für die damit verbundene Strategie der gegenseitigen gesicherten Zerstörung dieser konservativen Strategie des amerikanischen Nuklear-Establishments ungewollte Hilfestellung gegeben, denn gegenseitige gesicherte Zerstörung bedeutet die Aufrechterhaltung von großen strategischen Angriffsarsenalen, die innerhalb von Minuten einsetzbar wären. Zwar verlangen die Anhänger dieser Denkschule auch, dass ernsthafte Schritte in Richtung der vollständigen Abschaffung von Kernwaffen unternommen werden. Allerdings sehen die wenigsten von ihnen ein, dass die vollständige Abschaffung von Kernwaffen eine Utopie bleibt und sie real bestehende Potenziale der Marginalisierung von Kernwaffen damit vergeben. Dieser in der akademischen Gemeinschaft dominierenden Einstellung, die auch von so gewichtigen Gremien wie der Canberra-Kommission gefördert wurde, sind bislang die meisten westeuropäischen Regierungen gefolgt, insbesondere die deutsche. Dass sie damit dem Ziel der Nichtverbreitungspolitik und der nuklearen Rüstungskontrolle letztlich einen schlechten Dienst erweisen, ist nur wenigen bislang klar geworden. Die Folgen sind offenkundig: zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges haben sowohl die USA als auch Russland noch jeweils 6 000 strategische Kernwaffen in ihren Arsenalen, der Großteil davon auf Raketen montiert. Sie wären innerhalb von Minuten oder Stunden einsatzbereit und könnten einige hundert Millionen Menschen töten. Diese Waffen existieren trotz der veränderten politischen Umstände, weil beide Seiten bislang an dem Konzept festgehalten haben, wonach gegenseitig gesicherte nukleare Zerstörung ein Element der strategischen Stabilität sei.

Die neue Regierung Bush hat deutlich gemacht, dass sie aus dieser Orthodoxie aussteigen will und ein neues Verhältnis von strategischer Offensivrüstung zu Defensivrüstung haben will, bei dem Abschreckung eine zunehmend geringere, Verteidigung eine zunehmend größere Rolle spielen soll. Über Zielrichtung und Ausmaß des Wandels soll erst einmal ein

26 Vgl. Michael J. Mazarr, Alexander T. Lennon (Hg.): *Towards a Nuclear Peace. The Future of Nuclear Weapons*. London 1994. Michael Mazarr: *Virtual Nuclear Arsenals*. In: *Survival*, 27, 3, Herbst 1995, S. 7–26. Michael Krepon: *Moving from Mutually Assured Destruction to Mutually Assured Security*. The Henry L. Stimson Center – Issue Commentary, Washington, D.C. 16.6.2000. Michael Krepon: *Missile Defenses and US National Security*. Aussage vor dem Committee on Armed Services, US House of Representatives, 13.10.1999 <<http://www.stimson.org/resource/bmdtestimony.htm>>. Paul Nitze: a.a.O. Fred C. Iklè, Sergei A. Karaganov: a.a.O.

27 Vgl. David Ottaway, Steve Coll: *Unplugging the War Machine*. In: *Washington Post*, 12.4.1995. Zu den Ergebnissen des Nuclear Posture Reviews vgl. News Release, Remarks Prepared for Delivery by Secretary of Defense William J. Perry to the Henry L. Stimson Center. Hg. vom U.S. Department of Defense, 20.9.1994

strategischer Review durchgeführt werden. Für die Europäer bietet sich damit eine einmalige Gelegenheit, die amerikanische Politik zu beeinflussen, denn in Zeiten der Neuorientierung herrscht eine relative Offenheit für neue Ideen und Vorstellungen. Das setzt allerdings voraus, dass sich die Europäer weiterer Ermahnungen bezüglich der strategischen Stabilitätsfunktion des ABM-Vertrages erst einmal enthalten und sich den USA als Partner präsentieren, den man ernst nimmt, weil er sich auf der gleichen Argumentationshöhe bewegt. Für die Europäer steht durchaus einiges auf dem Spiel, nur geht es dabei um völlig andere Dinge als den ABM-Vertrag. Verfolgt man die amerikanische und die sich zögerlich entwickelnde russische Debatte, so zeichnen sich zwei unterschiedliche Optionen für die Neubestimmung strategischer Stabilität ab: eine Option, bei der primär der Mix von strategischen Offensiv- und Defensivsystemen neu in Richtung auf eine stärkere Rolle von Defensivwaffen entwickelt werden soll und wo eine deutliche Reduzierung von strategischen Angriffssystemen zu erwarten ist, und eine Option, bei der das Ziel einer Marginalisierung von Kernwaffen stärker im Mittelpunkt steht.

Die erstere Option würde bedeuten, dass zwischen den USA und Russland ein Verhandlungsprozess einsetzt, in dessen Verlauf beide Seiten daran arbeiten, Schritt für Schritt von der Doktrin der gegenseitigen nuklearen Vernichtung wegzukommen und einen Zustand zu erreichen, wo zwar residuale und begrenzte Vergeltungsmöglichkeiten mit der entsprechenden Verwundbarkeit bestehen bleiben, aber nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass die Fähigkeit zur umfassenden Vernichtung der jeweils anderen Seite notwendig und wünschbar ist. Angesichts der Tatsache, dass es heute zwischen den USA und Russland um keine politischen Einsätze mehr geht, die wirklich die Inkaufnahme existenzieller Risiken involvieren, ist eine solche Politik des strategischen Dialogs sinnvoll. Im Ergebnis könnte ein neues Format der strategischen Balance herauskommen, bei der sich beide Seiten eine gemeinsame Oberzahl an Systemen zugestehen, die sie nach eigenem Gutdünken mit einer Mischung aus Offensiv- und Defensivsystemen ausfüllen können. Dabei wären dann besondere Verrechnungsmodi zu beachten, da nicht ein Verteidigungssystem einem Angriffssystem gleichzusetzen ist, aber im Großen und Ganzen würde ein solches System vereinbarter Obergrenzen für einen Mix aus Offensiv- und Defensivwaffen jeder Seite sorgen, bei dem einerseits eine gewisse gegenseitige Verwundbarkeit bestehen bleibt, andererseits aber keine existenziellen nuklearen Vernichtungsoptionen übrig bleiben, entweder, weil die entsprechende Anzahl der Offensivsysteme fehlt oder aber, weil es so viele Defensivsysteme gibt, dass eine gesicherte Zerstörung der Lebensfähigkeit der jeweils anderen Nation nicht mehr gegeben ist. Von dieser Logik ausgehend könnte man Obergrenzen anpeilen, die deutlich unter denjenigen von START II liegen oder sogar unter den im Prinzip schon verabredeten Parametern für START III, und beide Staaten haben die Freiheit, Raketenabwehr im Rahmen dieser Obergrenzen auszuführen.

Es gibt Hinweise, dass diese Option von der Regierung Bush bevorzugt wird und dass auch auf russischer Seite ein gewisses positives Interesse dafür besteht.²⁸ Tatsache ist, dass Russland ohnehin sein bisheriges Kernwaffenpotenzial mit zirka 5 800 strategischen Kernsprengköpfen aus ökonomischen Gründen nicht halten kann und im Jahre 2010 bestenfalls noch in der Lage sein wird, bis zu 1 000 Kernwaffen einsatzfähig zu halten.²⁹ Außerdem hat Russland immer größere Schwierigkeiten, seine Fähigkeiten zur Frühaufklärung und zur nuklearen Kriegführung unter Bedingungen eines umfangreichen Austausches strategischer

28 Einiges von diesen Überlegungen findet sich in der Rede, die Präsident Georg W. Bush am 1.5.2001 vor der National Defense University in Washington, D.C. gehalten hat. The Washington File Hg. vom U.S. Department of State, 1.5.2001

29 Vgl. Dean A. Wilkening: The Future of Russia's Strategic Nuclear Force. In: Survival, 40, 3, Herbst 1998, S. 89–111

Angriffe durchzuhalten.³⁰ Von daher wäre eine solche Vereinbarung – auf welchem vertraglichen Wege sie auch immer geschlossen wird – für Moskau eigentlich ein Gewinn, wenn sie bei etwa 1 000 „Systemen“ für jede Seite endet. Sie würde immerhin Russland die Fähigkeit belassen – und diese sogar legitimieren – die USA anzugreifen zu können, zumindest um „kleinere Lektionen“ zu erteilen, und sie würde dies in einem Rahmen tun, der die USA auf die prinzipiell gleiche Stufe stellt wie Moskau. Der ABM-Vertrag könnte dann am Ende eines solchen Prozesses entweder gemeinsam für beendet erklärt oder durch ein neues Vertragswerk abgelöst werden.

Offen bleibt bei diesen Überlegungen, wie die Volksrepublik China in dieses System eingebaut werden kann. Das Problem mit China ist, dass es recht kleine Bestände an Interkontinentalraketen besitzt (zurzeit etwa 20) und sich schwer tut, im Bereich der Raketenabwehrtechnologien mit den USA oder auch mit Russland mitzuhalten. China sollte schon in ein derartiges System integriert werden, wäre vermutlich aber nur dann zur Mitwirkung bereit, wenn es keinen niedrigeren Status erhielte als Moskau oder Washington.

In diesem Zusammenhang käme die zweite Option in Betracht, die man als Option der Marginalisierung von Kernwaffen bezeichnen könnte und die im Wesentlichen darauf abzielt, generell die militärische Rolle von Kernwaffen abzuschwächen und auf die existenziellen Formen der Abschreckung zu reduzieren sowie dieses auch in einer Weise umzusetzen, die eine entscheidende Festigung des internationalen nuklearen Nichtverbreitungsregimes zur Folge hätte.³¹ Voraussetzung für eine Strategie der Marginalisierung sind ebenfalls der Abschied von der Doktrin der gegenseitig gesicherten Zerstörungsfähigkeit und die Reduzierung der strategischen Angriffswaffen in Größenordnungen, die gerade hunderte, bestenfalls tausend Sprengköpfe für beide Seiten übrig lassen. Ein gemischtes System von Offensiv- und Defensiv-Waffen wäre damit auch vereinbar. Neu wäre die Verpflichtung, Kernwaffen nicht mehr in einem Zustand zu halten, in dem sie binnen Minuten, Stunden oder auch Tagen einsetzbar wären, sondern eher darauf zu bauen, dass durch die getrennte Lagerung von Sprengköpfen und Ausbringungssystemen und durch sonstige Hindernisse erhebliche Zeitspannen vergehen, bis ein Einsatz von Nuklearwaffen möglich wäre.

Vergleichbare Forderungen wurden schon in den frühen neunziger Jahren aufgestellt. Diese Deaktivierung und Beschränkung von Kernwaffen – auch virtuelle nukleare Arsenale genannt – würde auch der Forderung nach einem Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen sehr weit entgegengekommen. Das internationale nukleare Nichtverbreitungsregime würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, denn die von den Nichtkernwaffenstaaten immer wieder eingeforderte massive Abrüstung von Kernwaffen wäre fast erreicht, ohne dass man andererseits auf einen völligen Verzicht auf die nukleare Option drängen muss, was utopisch und unrealistisch wäre. Dies müsste eigentlich ganz im Sinne des Nichtkernwaffenstaates Deutschland sein, der seit vielen Jahren bemüht ist, den immer wieder wankenden Konsens über die globale Nichtverbreitung zu stabilisieren. Raketenabwehr käme in einem solchen Ansatz die Rolle der Rückversicherung zu. Denn je weiter die nukleare Abrüstung vorangetrieben wird, desto größer könnte der strategische Gewinn eines möglichen Wortbruchs einer Seite werden. Der frühere Präsident des Stimson Center, Michael Krepon, hat in diesem Zusammenhang deshalb gefordert, eine neue strategische Synthese zu entwickeln, bei der tiefe Einschnitte bei den nuklearen Angriffskräften einhergehen mit

30 Vgl. Russia 'Blind' to Attack by U.S. Missiles. In: Washington Post, 31.5.2000

31 Zum Konzept der Marginalisierung vgl. Lawrence Freedman: Great Powers. Vital Interests and Nuclear Weapons. In: Survival, 36, 4, Winter 1994/95, S. 35–52

drastisch reduzierten Einsatzmöglichkeiten und begrenzten Kapazitäten der Raketenabwehr.³² In gewisser Hinsicht sind Raketenabwehr und nukleare Abrüstung zwei Seiten derselben Medaille. Raketenabwehr kann nur erfolgreich sein, wenn gleichzeitig abgerüstet wird und die politische Bedeutung von Kernwaffen weitgehend in den Hintergrund rückt. Denn sollte sich die Verbreitung von ABC-Waffen und Raketen fortsetzen, könnte die Raketenabwehr dagegen allein nur wenig ausrichten. Umgekehrt stellt eine Raketenabwehr sicher, dass bei fortschreitender Abrüstung nicht Instabilität durch heimliche Rüstungen droht.³³

Beide Optionen widersprechen sich nicht grundsätzlich, die zweite kann auf der ersten aufbauen, sie erfordert allerdings mutigere Entscheidungen seitens der amerikanischen Politik und wird sich vermutlich nicht durchsetzen, wenn nicht europäische Regierungen darauf drängen. Vor allem die deutsche Bundesregierung täte gut daran, da nur so dem von ihr immer wieder deutlich gemachten Interesse an der Förderung der weltweiten Abrüstung und Nichtverbreitungspolitik entsprochen werden kann. Es wäre zumindest sinnvoller als die bisherige Haltung, die sich auf die Verteidigung der bestehenden Rüstungskontrollvereinbarungen, insbesondere des ABM-Vertrags, beschränkt.

Beide Optionen eröffnen die Perspektive einer Wiederherstellung des innenpolitischen Konsenses in den USA über Fragen der strategischen Sicherheit, allerdings dürfte die erste Option die deutlich besseren Chancen haben, schon wegen ihres weniger radikalen Charakters. Die zweite Option dürfte eher dazu beitragen, dass innerhalb der Atlantischen Allianz ein Grundkonsens hergestellt werden kann. Wie dieses Spannungsverhältnis bereinigt wird, dürfte in entscheidender Weise den Zusammenhalt des Bündnisses definieren. Allerdings ist die Auseinandersetzung mit der amerikanischen strategischen Verteidigung nicht die einzige Ebene der transatlantischen Beratungen. Ebenso wichtig dürfte die Frage sein, wie regionale und taktische Raketenabwehr gemeinsam als Problem identifiziert und angegangen werden.

Die Frage einer Verteidigung Europas und angrenzender Gebiete gegen Raketenbedrohungen ist keinesfalls neu. Sie wurde bislang unter dem Titel „Integrierte Luftverteidigung“ behandelt. Diese ist seit 1960 ein Bereich, der gemeinsam von der NATO organisiert und betrieben wird, und seit den frühen neunziger Jahren sind eine Reihe von Initiativen ergriffen worden, um in Richtung auf eine erweiterte integrierte Luftverteidigung zu gehen, die auch die Abwehr von Raketen mit beinhalten soll. Ab 1994 hat sich die NATO der Raketenbedrohung verstärkt angenommen und seither eine gemeinsame Bedrohungsanalyse erstellt sowie darauf aufbauend Empfehlungen für die Streitkräfteplanungen.³⁴ Mittlerweile hat die NATO im November 2000 beschlossen, ein Konzept für eine erweiterte Luftverteidigung im Prinzip anzunehmen, so dass das bisherige NATO Integrated Air Defence System (NATINADS) zu einem NATO Integrated Extended Air Defence System (NATINEADS) werden wird. Die entsprechenden einzelnen Bausteine gilt es zu entwickeln, wobei das System auf vier Säulen ruhen soll: einem Aufklärungs- und Führungsverbund, einem integrierten Verbund von Systemen zur Bekämpfung von Flugzeugen, Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen (aktive Verteidigung), einem Element der passiven Verteidigung (ABC-

32 Testimony of Michael Krepon: Missile Defenses and US National Security. Committee on Armed Services, U.S. House of Representatives, 13.10.1999 <<http://www.stimson.org/resource/bmdtestimony.htm>>

33 Vgl. zum Konzept der virtuellen nuklearen Arsenale Michael Mazarr: a.a.O. Joachim Krause, Oliver Thränert: Nukleare Abrüstung und Raketenabwehr gehören zusammen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.2.2001, S. 11, auch unter <www.weltpolitik.net/policy-forum/article/212.html>

34 Vgl. Ashton Carter, David B. Omand: Maßnahmen gegen die Gefahren der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Anpassung des Bündnisses an das neue Sicherheitsumfeld. In: NATO-Brief, 5, 9/1996, S. 10–15. Robert G. Joseph: Proliferation, Counter-Proliferation and NATO. In: Survival, 38, 1, Frühling 1996, S. 111–130

Schutz) sowie einem Element von offensiven Elementen zur Bekämpfung von see- oder bodengestützten Einrichtungen feindlicher Streitkräfte.

Bislang bezogen sich die Beratungen innerhalb der NATO primär auf die taktische Ebene und auf „lower-tier defence“. In der Hauptsache geht es darum, wie im Rahmen der Bündnisverteidigung und natürlich ganz besonders im Rahmen von Interventionen – sei es unter Bedingungen, wie sie Anfang 1991 im Golf bestanden oder sei es unter Bedingungen einer Friedensimplementierungstruppe wie im Kosovo – NATO-Verbände gegen eine Vielzahl von möglichen Bedrohungen aus der Luft, unter anderem auch gegen anfliegende Raketen kurzer Reichweite (bis zu 600 km), geschützt werden können. Low Tier Defence bezieht sich dabei auf Operationshöhen unterhalb 35 km. Nur wenig wurde bislang auf die Frage verwendet, wie der Gefahr von Angriffen mit Hilfe weitreichender Raketen auf militärische oder auch zivile Einrichtungen auf dem europäischen Territorium begegnet werden soll. Hier wird es Zeit, dass auch dieser Bereich Gegenstand von gemeinsamen NATO-Studien und darauf aufbauenden Empfehlungen und deren Umsetzung wird. Bislang ist dieses Thema politisch noch geradezu tabuisiert, zumindest gilt das für einige Länder, unter anderem auch für die Bundesrepublik Deutschland, wo die Regierung und die diese tragende Koalition eher froh wären, wenn das Thema nicht in den politischen Diskurs Eingang fände. Andererseits ist in Frankreich und Großbritannien die Bereitschaft, über diese Fragen in einen Dialog mit den USA zu treten, größer geworden. Das Angebot Russlands vom Februar 2001, mit der NATO in diesem Bereich zusammenzuarbeiten, eröffnet eine weitere Perspektive – die der Mitwirkung Russlands und der damit verbundenen Chance der politischen Einbindung Moskaus in die sicherheitspolitische und ordnungspolitische Entwicklung Europas.

Raketenabwehr für den europäischen Kontinent würde auf jeden Fall anders aussehen als für die USA – dies liegt schon alleine daran, dass die möglichen Gefährdungsherde geographisch gesehen viel näher liegen und somit auch der Zeitpunkt für das Eintreten derartiger Gefährdungen.³⁵ Das würde bedeuten, dass eine Mischung aus Abfangsystemen für die untere Schicht (lower tier defence) und für die höheren Schichten (upper tier defence) ins Auge gefasst werden müsste, welche es erlauben würde, Raketen mit Reichweiten von bis zu 3000 km abzufangen. Das würde aber keine im Weltraum in Höhen von 200 bis 300 km wirksam werdenden Systeme erforderlich machen, so wie sie von den USA für ihr National Missile Defense System unter Präsident Clinton konzipiert worden waren.³⁶

Europa bräuchte also eine andere Architektur der Raketenverteidigung, in der zumindest die folgenden Elemente zusammenwirken müssten:

- Satelliten- und flugzeuggestützte Aufklärungssysteme sowie bodengebundene Radars zur Verfolgung von anfliegenden Raketen,
- ein Führungszentrum,
- bodengestützte Abfangflugkörper im unteren Bereich (lower tier defence),
- bodengestützte Abfangflugkörper im höheren Bereich (upper tier defence),
- seegestützte Abfangflugkörper im unteren Bereich,
- seegestützte Abfangflugkörper im oberen Bereich sowie

35 Vgl. Holger H. Mey: Das Erfordernis einer europäischen Raketenabwehr. In: Erich Reiter (Hg): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2000. Hamburg, Berlin, Bonn 2000, S. 283–299

36 Zu den Plänen der Clinton-Regierung vgl. Joachim Krause: Kommt der Kleine Bruder von SDI? Die amerikanischen Pläne der Raketenverteidigung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.6.2000, S. 11

- luft-, see- und landgestützte Abfangsysteme mit der Fähigkeit zur Bekämpfung von Raketen in der Startphase (boost-phase-defence).

In all diesen Bereichen wird primär auf US-Systeme zurückgegriffen werden müssen, weil die meisten Europäer den Bereich Raketenverteidigung vernachlässigt haben und der Rückstand im Bereich von Forschung und Entwicklung bei den Kernsystemen bis zu 15 Jahren beträgt. Das schließt nicht aus, dass es fruchtbare Bereiche der technologischen Kooperation geben wird, weil eine Reihe dazu gehöriger Systeme (besonders was Satellitenaufklärung, Flugzeugaufklärung, Bodenradar, Sensorik) betrifft durch europäische Hersteller produziert werden können. Wie die deutsch-italienisch-amerikanische Kooperation bei dem geplanten Medium Extended Air Defence System (MEADS) zeigt, sind Formen der Kooperation möglich, bei denen die Europäer mehr einbringen als nur die Herstellung technisch anspruchsloser Komponenten.

Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird jedoch diese Kooperation und angesichts des derzeitigen Standes der transatlantischen Beziehungen ist es mehr als geboten, europäischen Kooperationswillen zu zeigen. Die Regierung Bush hat durch ihr Angebot, Raketenverteidigung im transatlantischen Rahmen gemeinsam mit den Partnern zu organisieren und auf unilaterale Pläne der nationalen Raketenabwehr zu verzichten, erst einmal ein Zeichen der Offenheit gesetzt, auf das die Europäer jetzt mit vergleichbarer Offenheit reagieren müssten. Diese Offenheit darf nicht mit einer Strategie des Abwartens verwechselt werden, bei der die leitende Hoffnung ist, dass sich letztlich die amerikanische Diskussion festläuft und wieder abebbt. Vielmehr sollten die Europäer eine aktive Rolle spielen, bei der es nicht darum geht, an längst überholten Errungenschaften der Rüstungskontrolle festzuhalten, sondern darum, die in der neuen Lage gegebenen Chancen zu nutzen und rechtzeitig Vorsorge zu treffen gegen neue, sich abzeichnende Gefahren. Ob die führenden Politiker Europas diese strategische Weitsicht aufbringen oder ob sie angesichts einer ganzen Reihe anderer transatlantischer Problemfälle den Versuchungen des Populismus anheim fallen, wird sich in den kommenden Jahren zeigen. Damit werden ganz entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft der transatlantischen Allianz verbunden sein, deren Auswirkungen weit über den Gegenstand der Raketenabwehr hinausgehen.

Prof. Dr. Joachim Krause
Professor am Institut für Politische Wissenschaft
an der Christian-Albrecht-Universität Kiel